

Interview mit Pfarrer Wolfram Hädicke

Verstrahlung für Profit und Macht - Uranbergbau in der DDR

In Dessau führte die BUND-Ortsgruppe im November 2019 eine Veranstaltung zu Smart City und 5G durch und lud dazu Peter Hensinger von diagnose:funk ein. Wolfram Hädicke, pensionierter Pfarrer, hatte die Veranstaltung initiiert. Beim Tee im Hause Hädicke wollte Peter Hensinger mehr über das Leben in der DDR erfahren. Er erfuhr, wie mutige Bürger in der DDR gegen die Verstrahlung von Menschen kämpften und welche immensen Risiken sie auf sich nahmen. Und er saß einem Fachmann für Strahlung gegenüber. Wie Wolfram Hädicke das wurde, schildert er im Interview.

KOMPAKT: Wie sind Sie zum Thema Strahlung gekommen?

HÄDICKE: Bevor ich im Sommer 1988 die Pfarrstelle in Ronneburg, dem Zentrum des Thüringischen Uranbergbaus, angetreten habe, hatte ich die illegale Flugschrift „Pechblende – der Uranbergbau und seine Folgen“ von Michael Beleites in die Hand bekommen. Mit 20 Exemplaren im Gepäck bin ich in Ronneburg eingezogen und habe sie dort unters Volk gebracht. Die Verunsicherung der Menschen dort war groß, sodass es großes Interesse an Aufklärung gab. Der Staat und die Sowjetisch-Deutsche AG Wismut haben Belastungen verharmlost bzw. geleugnet. Ich habe zeitnah Michael Beleites zur öffentlichen Präsentation seiner Studie eingeladen. Das wurde vom Staat untersagt. Wie wir inzwischen aus den Akten wissen, hatte unser Vorhaben die Staatsvertreter so aufgeschreckt, dass der Vorgang bis auf den Schreibtisch des Ministerpräsidenten gelangte. Wir haben die Veranstaltung in modifizierter Form doch durchgeführt. In der übervollen Kirche habe ich am Ende zur Gründung eines Umweltkreises – heute nennt man das Bürgerinitiative – aufgerufen. Diese traf sich im Dezember 1988 zum ersten Mal. Mit Hilfe eines illegal in die DDR geschmuggelten Messgerätes konnten wir nachweisen, dass die Gammadosisleistung an vielen Stellen der Region das tolerable Maß überschritten hat. Was uns als Abraum und taubes Gestein verkauft wurde, war in Wirklichkeit Armerz, das in unmittelbarer Nähe zu Gärten und Siedlungen auf Halde geschüttet war – und zwar in riesigen Dimensionen. Unsere kritischen Nachfragen und unsere Ausstellung, die wir dazu gestaltet hatten, führte in kürzester Zeit dazu, dass ich vom Staatssicherheitsdienst als „operativer Vorgang“ bearbeitet wurde. Mit dem Zusammen-

bruch der DDR konnten wir eine Vielzahl von Kontakten zu westdeutschen Ökoinstituten und Umweltverbänden knüpfen, die uns fachlich weitergeholfen haben. Bereits im September 1990 haben wir in Ronneburg dazu eine Tagung organisiert. Damals ist die Zusammenarbeit mit der kritischen Gesellschaft für Strahlenschutz und Thomas Dersee entstanden. Die Publikation Strahlentelex/ElektrosmogReport hat unser Engagement bis in die Gegenwart begleitet und uns auch ein Podium gegeben. Über die Jahre hat sich die Gruppe Kompetenz in Fragen radioaktiver Niedrigstrahlung erarbeitet.



Strahlender Uranbrocken in Bergarbeitershand: Motiv einer Wismut-Urkunde von 1970

„Die Verharmlosungsstrategien denen sich die Kritiker der gängigen Bewertung des Risikos durch ionisierende Niedrigstrahlung ausgesetzt sehen, ähneln in verblüffender Weise den Verharmlosungsstrategien auf dem Gebiet von EMF“



Wolfram Hädicke, Dessau,
Pfarrer und Superintendent i.R.

KOMPAKT: Welche Folgen hatte die Bestrahlung für die Arbeiter in der Wismut?

HÄDICKE: Bei den Beschäftigten der Wismut – zeitweilig waren es über 70.000 – kam es in den wilden 50er Jahren zu sehr hohen Strahlenexpositionen. Als sich dann die frühen Todesfälle häuften, wurde dies auf die Staubexposition geschoben und argumentiert: Der kostenlose Wismutschnaps sei gut gegen Staublunge. Spätestens in den 70er Jahren wurde beruflicher Strahlenschutz bei der Wismut ein Thema. Da waren aber bereits zehntausende von Kumpeln kontaminiert. Es geht hier in erster Linie um die Gefahr durch strahleninduzierten Lungenkrebs infolge hoher Radonkonzentration, was man früher als Schneeberger Lungenkrankheit bezeichnet hatte. Es war ein offenes Geheimnis, dass Wismutkumpel eine niedrige Lebenserwartung haben. Nach der Wende haben wir für die Sicherstellung der Gesundheitsdaten in den Archiven gekämpft. Inzwischen gibt es weit über 8.000 von der Bundesknappschaft als Berufskrankheit anerkannte Todesfälle. Für uns als Bürgerinitiative lag es auf der Hand, dass die Belastungspfade nicht am Wismuttor enden. Die Auswirkungen auf die übrige Bevölkerung waren kontinuierlich ein Thema und verlangten einen erhöhten Schutzgrad.

KOMPAKT: Unter welchen Umständen machten Sie die Analyse? Wie reagierte der Staat darauf?

HÄDICKE: Wir waren unter ständiger Beobachtung. Wie wir heute wissen, gab es auch in der Gruppe Inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit. Die Maßnahmepläne sahen vor, uns zu isolieren, zu denunzieren, zu verunsichern und in Ronneburg zu liquidieren. Dass es nicht dazu gekommen ist, hatte etwas

damit zu tun, dass sich der Staat in der zweiten Hälfte des Jahres 1989 anderen Herausforderungen gegenüber sah. Mit der Wende begann eine Phase großer Offenheit, die uns die Tagung im September unter Beteiligung der Wismut, des staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz und westdeutscher Institute und Behörden ermöglichte. Mit der Übernahme der Wismut als AG in Hoheit des Bundeswirtschaftsministeriums folgte die Phase, in der Informationen nicht mehr so leicht zugänglich waren.

KOMPAKT: Hatte die DDR keine Grenzwerte?

HÄDICKE: Natürlich gab es auch in der DDR Grenzwerte und eine Verordnung zur Gewährleistung des Strahlenschutzes bei Halden und industriellen Absetzanlagen -ein solches gab es in der alten BRD nicht. Es gab auch ein entsprechendes Monitoring, doch die Ergebnisse waren, wie in den anderen umweltrelevanten Bereichen, geheim. Der deutsch-deutsche Einigungsvertrag hatte festgeschrieben, dass die Sanierung der Hinterlassenschaften des Uranbergbaus nach DDR-Recht geschehen sollte. Gegen diese Bestimmung haben wir Verfassungsbeschwerde eingelegt, mit der Begründung, dass dadurch ein geringerer Schutzgrad der Bevölkerung auf Dauer festgeschrieben wird. Uns war damals schon bewusst, dass das ganze System der Grenzwerte der ICRP (International Commission on Radiological Protection) nicht die tatsächlichen Gefahren widerspiegelt. So wird das Risiko durch ionisierende Niedrigstrahlung um den Faktor 10 unterschätzt.

KOMPAKT: Änderte sich etwas durch Eure Arbeit?

HÄDICKE: Wir waren regelmäßig im Gespräch mit dem Sanierungsunternehmen und wurden zunehmend

ernst genommen. Ich war als Sachverständiger geladen in den Umweltausschuss des Bundestages und in den Thüringer Landtag. Wir konnten beobachten, wie Problembewusstsein gewachsen ist und haben Einfluss genommen auf Sanierungsentscheidungen. Die Sanierung dieses größten ökologischen Schadenfalls Mitteleuropas kann als Erfolgsgeschichte bezeichnet werden, was es auch möglich gemacht hat, dass 2007 die Bundesgartenschau in der Bergbaufolgelandschaft stattfinden konnte.

KOMPAKT: Sie haben Peter Hensinger nach Dessau zu einem Vortrag beim BUND eingeladen? Warum?

HÄDICKE: Durch die jahrelange Lektüre des ElektromogReport war ich sensibilisiert für die Risiken durch elektromagnetische Felder. Die Verharmlosungsstrategien denen sich die Kritiker der gängigen Bewertung des Risikos durch ionisierende Niedrigstrahlung ausgesetzt sehen, ähneln in verblüffender Weise den Verharmlosungsstrategien auf dem Gebiet von EMF. In unserer BUND-Gruppe wurde der Wunsch nach entsprechenden Informationen laut. Da habe ich mich in die Spur gemacht.

KOMPAKT: Warum ist der BUND so zögerlich beim Thema 5G und Digitalisierung?

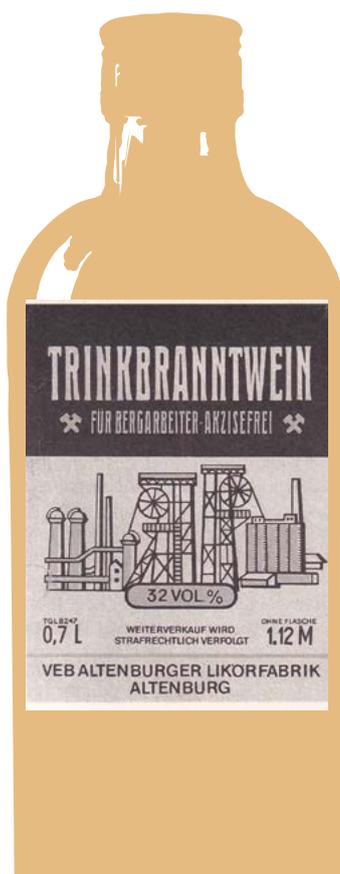
HÄDICKE: Ich denke, das hat mehrere Gründe. Zum einen ist der BUND auf einer Vielzahl von Feldern aktiv und im technischen Umweltschutz kommen ständig neue hinzu. Es ist also z.T. ein Kapazitätsproblem. Zum

anderen ist die Dimension des Problems noch nicht so richtig im Blick. Politik und Industrie vernebeln die Situation durch überwältigende Heilsversprechen. Natürlich kann Digitalisierung und EMF auch im Dienste des Lebens stehen. Es ist nüchtern gesehen aber unübersehbar, dass wir uns auf einer schiefen Ebene befinden, wo wir uns in immer stärkere Abhängigkeiten und Gefahren begeben – für Demokratie und Gesundheit. Hier wünsche ich mir von meinem Umweltverband deutlich mehr Sensibilität und Engagement. Eine einzige, wenn auch gute Veröffentlichung, reicht da nicht. Möglicherweise spielt auch die Sorge eine Rolle, sich in einem Boot mit Esoterikern und Verschwörungstheoretikern wiederzufinden.

KOMPAKT: Was besorgt Sie am meisten, wenn Sie an 5G und Smart City denken?

HÄDICKE: Es wird trotz beeindruckender Fortschritte der Informationstechnologie so bleiben, dass das wahre Leben analog ist. Die Hinweise darauf, dass wir durch den Digitalisierungshype nicht nur Möglichkeiten gewinnen, sondern auch in Fallen geraten, verdichten sich. Das Eis wird dünner, das unsere Zivilisation trägt. Terrorismus im Netz kann Gesellschaften lahmlegen. Da braucht nur großflächig längere Zeit der Strom auszufallen – schon ist das Chaos perfekt. Bei 5G beunruhigen mich die Langzeitfolgen. Es ist wie bei Glyphosat – alle fragen nach der Krebsgefahr und es wird übersehen, was das mit der Biosphäre macht. Eine Vielzahl von - gelinde gesagt - unerwünschten Wirkun-

„So schwindet der Respekt vor dem Werk des Schöpfergottes und an die Stelle von Erlösung tritt Selbstoptimierung.“



Schnaps für die Arbeiter, damit sie die Strahlenverseuchung ertragen. In der SAG Wismut standen ab 1947 den Arbeitern über Tage ein Liter und Arbeitern unter Tage zwei Liter Schnaps im Monat steuerfrei für 1,60 Mark je Liter zu. Später bekamen die Bergleute der SDAG Wismut im Streckenvortrieb oder im Abbau bis zu sechs Liter im Monat.

Ausnahmestand,
Umweltkatastrophe
und das Sanierungsproblem
im deutschen Uranbergbau

Vorwort von Arnold Vaatz



Brandes & Apsel

„Die Hinweise darauf, dass wir durch den Digitalisierungshype nicht nur Möglichkeiten gewinnen, sondern auch in Fallen geraten, verdichten sich.“

gen ist möglich. Dieses Großexperiment am lebendigen Organismus der Bevölkerung und der Biosphäre ist unverantwortlich – wo doch selbst das BfS zugibt, dass die Studienlage extrem dünn ist und also eine Technikfolgenabschätzung seriös noch gar nicht stattfinden kann.

KOMPAKT: Wie sehen Sie speziell als Pfarrer die digitale Transformation der Gesellschaft?

HÄDICKE: Die moderne Technik beschenkt die Menschheit, indem sie Menschheitsträume wahr werden lässt: Siebenmeilenstiefel zu haben – und es kam die Eisenbahn und das Auto, Fliegen zu können – und es kam der moderne Flugverkehr, Nachrichten zu übermitteln – und es kamen Telefon, Handy, Internet. Inzwischen sind wir beim Traum, Gedankenlesen zu können. Google macht das schon längst.

Nicht nur technikaffine Menschen entwickeln Allmachtsphantasien und vergessen, dass der Mensch ein schwaches, verletzliches Geschöpf ist, das darauf angewiesen bleibt, mit der Natur in Harmonie zu leben. Digitalisierung wird vielfach als Lebensoptimierung und Herrschaftsinstrument verstanden. Doch der Mensch bleibt fehlbar und sterblich. Digitalisierung hilft uns nicht, menschlicher zu werden und sie tröstet uns auch nicht in den existenziellen Krisen des Lebens. Indem der Mensch sich durch die Technik immer weiter ermächtigt, bildet er sich ein, auf neue Weise in der Welt zu sein: quasi allmächtig. So schwindet der Respekt vor

dem Werk des Schöpfergottes und an die Stelle von Erlösung tritt Selbstoptimierung.

KOMPAKT: Sehen Sie Parallelen zur Situation in der ehemaligen DDR?

HÄDICKE: Es droht ein neuer Totalitarismus. Die ersehnte Demokratisierung durch den breiten Zugang zum Netz findet zu wenig statt. Hingegen zerfällt die Gesellschaft in sich separierende Echoräume, die sich gegeneinander aufladen. Demokratie lebt vom Gespräch von Angesicht zu Angesicht und verzichtet auf die Stigmatisierung des Gegenübers.

KOMPAKT: Was raten Sie, zu tun?

HÄDICKE: Die Gesellschaft muss sensibilisiert werden für die Abgründe der Digitalisierung. Dass die Sozialen Netzwerke zunehmend im asozialen Sinne missbraucht werden, spricht sich allmählich herum. Auch die Politik ist aufgeschreckt durch inzwischen nachgewiesene Manipulationen in Wahlkämpfen.

Es braucht dringend eine Regulierung und Entflechtung der sozialen Netzwerke und ein kritisches Bewusstsein hinsichtlich der Gefahren für Demokratie und Gesundheit. Hier kommt dem Bildungssystem eine große Verantwortung zu.

KOMPAKT: Herr Hädicke, danke für dieses mutmachende Interview.